

**Bekanntgabe des Landratsamtes Sächsische Schweiz-Osterzgebirge
nach § 5 Abs. 2 des Gesetzes über die Umweltverträglichkeitsprüfung
für das Vorhaben 5. Änderung des „Planes nach § 41 FlurbG“
der Teilnehmergeinschaft Flurneuordnung Niederhermsdorf**

Az.: 1501-8461.48/280211

Gemäß § 5 Absatz 2 des Gesetzes über die Umweltverträglichkeitsprüfung in der Fassung der Bekanntmachung vom 18. März 2021 (BGBl. I S. 540), das zuletzt durch Artikel 10 des Gesetzes vom 22. Dezember 2023 (BGBl. 2023 I Nr. 409) geändert worden ist, wird Folgendes bekannt gegeben:

Die Teilnehmergeinschaft Flurneuordnung Niederhermsdorf beim Landratsamt Sächsische Schweiz-Osterzgebirge, Postfach 100253/54, 01782 Pirna, stellt gemäß § 41 Absatz 1 des Flurbereinigungsgesetzes in der Fassung der Bekanntmachung vom 16. März 1976 (BGBl. I S. 546), das zuletzt durch Artikel 17 des Gesetzes vom 19. Dezember 2008 (BGBl. I S. 2794) geändert worden ist, den Wege- und Gewässerplan mit landschaftspflegerischem Begleitplan (Plan nach § 41 des Flurbereinigungsgesetzes) für das Verfahren Flurneuordnung Niederhermsdorf auf. Mit Schreiben vom 22. April 2024 wurde durch die Teilnehmergeinschaft die 5. Änderung zum Plan nach § 41 des Flurbereinigungsgesetzes zur Prüfung eingereicht.

Die Zuständigkeit der Teilnehmergeinschaft regelt § 18 Absatz 2 des Flurbereinigungsgesetzes in Verbindung mit § 2 des Gesetzes zur Ausführung des Flurbereinigungsgesetzes und zur Bestimmung von Zuständigkeiten nach dem Landwirtschaftsanpassungsgesetz vom 15. Juli 1994 (SächsGVBl. S. 1429), das zuletzt durch Artikel 72 des Gesetzes vom 29. Januar 2008 (SächsGVBl. S. 138) geändert worden ist.

Das Landratsamt Sächsische Schweiz-Osterzgebirge ist als obere Flurbereinigungsbehörde gemäß § 41 Absatz 3 und 4 des Flurbereinigungsgesetzes in Verbindung mit § 1 Absatz 2 des Gesetzes zur Ausführung des Flurbereinigungsgesetzes und zur Bestimmung von Zuständigkeiten nach dem Landwirtschaftsanpassungsgesetz die für die Genehmigung der 5. Änderung des Planes nach § 41 des Flurbereinigungsgesetzes zuständige Behörde.

Der Bau von gemeinschaftlichen und öffentlichen Anlagen im Sinne des Flurbereinigungsgesetzes ist ein Vorhaben nach Nummer 16.1 der Anlage 1 zum Gesetz über die Umweltverträglichkeitsprüfung und als Solches der allgemeinen Vorprüfung des Einzelfalles nach § 7 Absatz 1 des Gesetzes über die Umweltverträglichkeitsprüfung zu unterziehen. Dies gilt gemäß § 9 Abs. 4 des Gesetzes über die Umweltverträglichkeitsprüfung auch für Änderungsvorhaben.

Die überschlägige Prüfung der von der Teilnehmergeinschaft vorgelegten Unterlagen ergab unter Berücksichtigung der Kriterien nach Anlage 3 des Gesetzes über die Umweltverträglichkeitsprüfung, dass vom Änderungsvorhaben keine erheblich nachteiligen Umweltauswirkungen zu erwarten sind, die nach § 25 Absatz 2 des Gesetzes über die Umweltverträglichkeitsprüfung bei der Zulassungsentscheidung zu berücksichtigen wären und es daher keiner Umweltverträglichkeitsprüfung bedarf.

Wesentliche Gründe für das Nichtbestehen der UVP-Pflicht:

Maßgebliche Gründe für die Einschätzung waren u.a. nachfolgend aufgeführte Merkmale des Vorhabens und des Standortes bzw. Vorkehrungen zur Minimierung möglicher erheblicher Auswirkungen.

1. Merkmale des Vorhabens

Die Teilnehmergeinschaft plant mit der 5. Änderung des Plans nach § 41 FlurbG Pflanzungen auf der „Streuobstwiese Oberhermsdorf“ (MKZ 516-12), die „Pflanzung Ullrichs Delle II“ (MKZ 516-13) und die „Dorfhainer Pflanzung“ (MKZ 517-08). Darüber hinaus sollen die am 19.03.2014 genehmigten Pflanzungen „Sanierung und Erneuerung einer Obstbaumreihe Saalhausen, Flst. Nr. 24 und 32“ (MKZ 516-01),

„Sanierung und Erneuerung einer Obstbaumreihe Saalhausen, Flst. Nr. 34“ (MKZ 516-02) und „Sanierung und Erneuerung einer Obstbaumreihe Saalhausen, Flst. Nr. 33/1, 35“ (MKZ 516-03) entfallen.

Die geplanten Hecken-, Gehölz- und Baumpflanzungen sollen Eingriffe infolge von Wegebaumaßnahmen kompensieren. Im Unterschied zu den entfallenden Maßnahmen soll dies nun im Kerngebiet des Verfahrens erfolgen unter stärkerer Aufwertung von Landschaftsbild, biotischer Ertragsfunktion und Biotopentwicklungsfunktion sowie unter Verbesserung des Rückhalts von erosionsgefährdetem Ackerboden (MKZ 517-08) zur Minderung des Stoffeintrags in den nahegelegenen Quänebach.

Flächeninanspruchnahmen:

- Dauerhafte Umwandlung von 940 m² mesophiles Grünland/Frischwiese in ca. 440 m² Streuobstwiese und ca. 500 m² Baumreihe
- Dauerhafte Umwandlung von ca. 4130 m² Acker in eine Feldhecke.

Kumulierende Maßnahmen anderer Bauherren wurden der Teilnehmergeinschaft nicht angezeigt.

2. Standort des Vorhabens

- Die neu aufgenommenen Maßnahmen liegen im Außenbereich in der Gemarkung Oberhermsdorf, Flst. 259/1 und 257/3 sowie in der Gemarkung Niederhermsdorf, Flst. 266, 275, 276, 277, 292 und 401.
- Die vorhandene lückenhafte „Streuobstwiese Oberhermsdorf“ (MKZ 516-12) wird als wertvolles, jedoch nicht geschütztes Biotop geführt. Sie grenzt an Jagdhabitate von Fledermäusen.

3. Art und Merkmale der möglichen Auswirkungen

Erhebliche nachteilige bauzeitliche oder dauerhafte Auswirkungen auf die Schutzgüter werden nicht erwartet. Bauzeitliche Risiken, z.B. Bodenverschmutzung durch Schadstoffeintrag aus schadhafte Baumaschinen oder Störung, Schädigung oder Tötung von Individuen, sind sehr gering.

4. Vorkehrungen

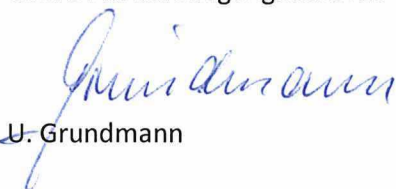
Die Einhaltung von Stand und Regeln der Technik sowie der guten fachlichen Praxis sollen durch Maßnahmen zur Eigenkontrolle des Bauauftragnehmers gesichert und durch eine zu bestellende Bauüberwachung kontrolliert werden.

Diese Feststellung ist gemäß § 5 Absatz 3 Satz 1 des Gesetzes über die Umweltverträglichkeitsprüfung nicht selbständig anfechtbar.

Die für diese Entscheidung maßgeblichen Unterlagen können von der Öffentlichkeit gemäß Sächsischem Umweltinformationsgesetz vom 1. Juni 2006 (SächsGVBl S. 146), das zuletzt durch Artikel 2 Absatz 10 des Gesetzes vom 19. August 2022 (SächsGVBl. S. 486) geändert worden ist, im Landratsamt Sächsische Schweiz-Osterzgebirge, Schloßpark 4, 01796 Pirna nach Terminvereinbarung eingesehen werden.

Pirna, den 22.05.2024

Obere Flurbereinigungsbehörde



U. Grundmann